

Aktion Kinder- und Jugendschutz

Schleswig-Holstein e.V.

Fachstelle für Prävention



Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e. V.
Flämische Straße 6 - 10 · 24103 Kiel

28. Oktober 2019

An die Vorsitzende des Innenausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Barbara Ostmeier, MdL

Tel. 0431/26068-78
rbt@akjs-sh.de
info@akjs-sh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/3178

Stellungnahme des Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (RBT Kiel) bei der Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V. (AKJS) zu den Anträgen Drucksache 19/1605 und Drucksache 19/1664

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

Sehr geehrte Mitglieder des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags,

Terroristische und nicht-terroristische Gewalt gegen Sachen und Personen sind ein wesentlicher Bestandteil des rechtsextremen Handlungsrepertoires.¹ Rechtsextreme Ideologie zeichnet sich durch die Vorstellung einer essentiell gefährdeten homogenen Volksgemeinschaft aus. Eine vermeintliche ‚jüdische Elite‘ fungiert in dieser Vorstellungswelt als Verursacher für alle als negativ wahrgenommenen Aspekte der Welt. Rechtsextremismus geht also von einem existenziellen Unrecht aus, vor dem das Überleben ‚der Deutschen‘ oder ‚Europas‘ auf dem Spiel steht. Prinzipiell lässt sich auf dieser Grundlage nicht nur jede politische Aktion, sondern auch die Anwendung von Gewalt rechtfertigen². Gerade wenn demokratische und staatliche Institutionen als ‚fremdgesteuerter‘ Teil dieser Bedrohung betrachtet wird, erscheint für Rechtsextreme auch Terror als legitimes Mittel.

Rechtsextremer Terror in der Bundesrepublik weist dabei nicht nur eine relativ starke Kontinuität auf, sondern zusätzlich auch weitere Spezifika. So zeichnen sich die Opfer rechtsextremen Terrors oft durch ihre bloße Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen aus, die bisher nicht durch ein starkes öffentliches Engagement aufgefallen sind³. Dabei werden Taten oft gemäß des ‚führerlosen Widerstandes‘ durch kleine, nicht koordinierte Gruppen oder Einzelpersonen ausgeführt⁴. Anschläge können mit oder ohne Bekennerschreiben ausgeführt werden, da nicht nur die Verbreitung politischer Botschaften, sondern explizit auch die Verbreitung von Angst fokussiert wird. Gerade bei jüngeren Anschlägen fielen die Täter*innen im Vorfeld nicht durchweg durch ein politisches Engagement in rechtsextremen Strukturen auf. Stattdessen fand eine Vernetzung mit anderen

¹ Vgl. Caiani, M./ della Porta, D./ Wagemann, C. 2012: Mobilizing on the extreme Right. Germany, Italy, and the United States, S.209; Oxford

² Salzborn, S. 2015: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze (Lizenz Ausgabe BPB), S.47ff; Baden-Baden

³ Vgl. Virchow, F.: Rechter Terror in Deutschland seit 1970. Ein unvollständiger Überblick, in: <https://hamburg.arbeitundleben.de/img/daten/D347839919.pdf>, Zugriff 17.10.2019

⁴ Vgl. dazu: Meagrou-Hitchens, A./ Standing, E. 2010: Blood & Honour. Britains Far Right Militants, S. 35; London

Geschäftsführung: Ria Lissinna

Vorstand: Iris Haulesen (Vorsitzende) – Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Bankverbindung: Evangelische Bank, IBAN:DE50 5206 0410 0006 4260 34, BIC: GENODEF1EK1

Rechtsextremen, der ideologische Austausch und die Motivation zu Terrorakten im Zusammenhang über einschlägige Onlineforen auf den Plattformen 4- bzw. 8chan, Steam oder Discord⁵ statt.

Rechtsextremer Terror stellt sich demnach als lose vernetzt dar und wird oftmals durch on- oder offline mit rechtsextremen Strukturen vernetzte und ideologisch gefestigte Einzelpersonen ausgeführt. Diese Form der losen Vernetzung ist aber durchaus gewollt, da sie eine wirksame Vorbeugung terroristischer Taten und auch eine nachträgliche strafrechtliche Verfolgung von Täter*innen stark erschwert⁶. Die Unkalkulierbarkeit rechtsextremen Terrors ist folglich kalkuliert!

Die Motivation, Gewalt gegen Angehörige bestimmter Gruppen und politische Gegner*innen anzuwenden, ist allerdings intrinsischer Bestandteil eines rechtsextremen Weltbildes. Vor diesem Hintergrund kursieren in unterschiedlichen rechtsextremen Kontexten bereits seit einigen Jahren Feindeslisten, wo neben Namen auch Adressen vermerkt sind. Diese werden nicht zu Zwecken des Outings o.ä. genutzt, sondern zur Aussprache von direkten Bedrohungen oder seit 2015 auch wieder vermehrt als Grundlage zur Verübung von Anschlägen auf Sachen oder das Leben⁷ der dort Vermerkten.

Dies lässt sich so auch für Schleswig-Holstein feststellen. Laut aktuellem Verfassungsschutzbericht sind über ein Drittel aller Rechtsextremen im Land als gewaltorientiert einzustufen.⁸ Ferner zeigten sich in Schleswig-Holstein immer wieder auch rechtsterroristische Bestrebungen, wie sich bei den 2003 durchgeführten polizeilichen Maßnahmen gegen Mitglieder von ‚Combat 18 Pinneberg‘ ablesen lässt⁹. Weiterhin sind auch Personen, die aus dem Umfeld des verbotenen Netzwerkes ‚Blood & Honour‘ stammten¹⁰ und sogar im Rahmen der NSU-Ermittlungen auffällig wurden, immer noch oder inzwischen wieder maßgeblich in Schleswig-Holstein beim Aufbau rechtsextremer Strukturen beteiligt¹¹. Auch besteht der Verdacht einer weitreichenderen Vernetzung des mutmaßlichen Mörders von Walther Lübcke zu Rechtsextremen in Schleswig-Holstein, da das Modell der Tatwaffe den 2003 von der Polizei in Pinneberg beschlagnahmten Waffenmodellen entspricht.¹²

Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein zeigt sich insgesamt international wie national gut vernetzt, wobei ebenfalls klare Bezüge ins rechtsterroristische Spektrum auffindbar sind. Dies hat sich in Schleswig-Holstein auch insofern als folgenreich erwiesen, als dass zivilgesellschaftlich und politisch gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagierte Personen häufigen Anfeindungen und konkreten Bedrohungen ausgeliefert sind.

Personen, die sich auf entsprechenden Listen befinden, sind demnach einer kontinuierlichen latenten Bedrohung ausgesetzt, wobei sich auf Grund der spezifischen Struktur rechtsextremen Terrors kaum kalkulieren lässt, ob, durch wen und wann diese auch zu terroristischen Taten führen. Nicht immer zeigen sich deutliche Anzeichen oder Warnungen oder diese wurden erst zu spät erkannt.

⁵ <https://www.belltower.news/brenton-tarrant-memetic-warfare-der-globale-rechtsterrorismus-von-pol-auf-den-chan-foren-89421/>, Zugriff 17.10.2019

⁶ Vgl. Köhler, D. 2016: Right-Wing Extremism and Terrorism in Europe. Current Developments and Issues for the Future, S.96ff, in: prism 6/2

⁷ Zur Entwicklung rechtsterroristische Sprengstoffanschläge in Deutschland: Köhler, D. 2019: Violence and Terrorism from the Far Right: Policy Options to Counter an Elusive Threat; ICCT Policy Brief, S.5

⁸ Verfassungsschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein 2018, S.108

⁹ Vgl. <https://www.zeit.de/2003/44/c18>, Zugriff 17.10.2019

¹⁰ <https://exif-recherche.org/?p=4399>, Zugriff 17.10.2019

¹¹ <https://taz.de/Neonazi-mobilisiert-in-Bad-Segeberg!/5628764/>, Zugriff 17.10.2019

¹² <https://taz.de/Mord-an-CDU-Politiker-Walter-Luebcke!/5630290/>, Zugriff 17.10.2019

Daher ist es für potentiell Betroffene wichtig zu wissen, ob sie ins Visier gewaltbereiter Rechtsextremer geraten sind und wie sie sich zur Unterstützung ihrer eigenen Sicherheit und dem Gefühl von Handlungsfähigkeit unterstützende Beratung suchen können. Die Information, dass diese Listen existieren sowie dass es eine speziell hierfür eingerichtete Anlaufstelle für potentiell Betroffene gibt, bei der sie erfahren, ob sie auf den Listen stehen, muss daher öffentlich gemacht werden. Diese Anlaufstelle kann darüber hinaus auf bestehende weiterführende Beratungsangebote im Land verweisen. Zu nennen sind hier die offiziellen Beratungsangebote des Landesdemokratiezentrums (LDZ): die Regionale Beratung gegen Rechtsextremismus in Trägerschaft der AKJS und der AWO sowie das Zentrum für Betroffene Rechter Angriffe (ZEBRA e.V.).

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads 'Iris Haulsen'.

Iris Haulsen
Vorsitzende